



Harald Hagn  
Referat Sonderaufgaben und statistische  
Analysen

Telefon: 0361 37-84110  
e-mail: Harald.Hagn@statistik.thueringen.de

## Nettoeinkommensverteilung und Armutsgefährdungsquoten 2008 im Bund-Länder-Vergleich

*Nachdem im ersten Teil zu dieser Thematik die Verteilung der Haushaltsnettoeinkommen in Thüringen selbst im Mittelpunkt der Betrachtungen stand (siehe Statistisches Monatsheft Juli 2010), werden nunmehr die Nettoeinkommensverhältnisse in Thüringen in Relation zu anderen Bundesländern und dem gesamten Bundesgebiet näher beleuchtet. Dabei wird insbesondere auch auf die Verteilungsgleichheit von **Nettoeinkommen** in Deutschland eingegangen. Abgerundet wird das Bild durch einen Bund-Länder-Vergleich von Armutsgefährdungsquoten.*

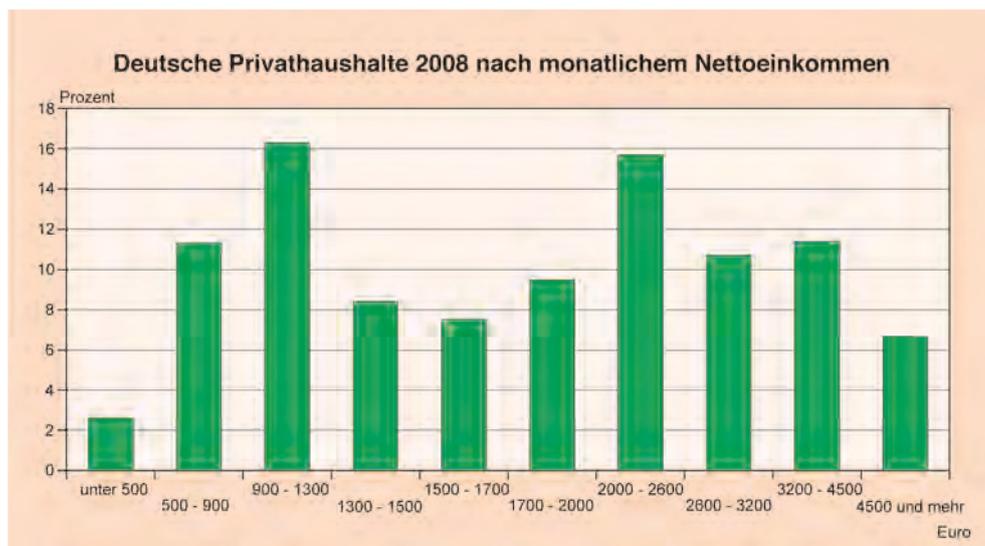
### Nettoeinkommensniveau

Im Jahr 2008 gab es in der Bundesrepublik Deutschland rund 39,4 Mill. private Haushalte. Davon befanden sich 30,9 Mill. im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin) und 8,5 Mill. in den neuen Bundesländern (einschl. Berlin). Für das gesamte Bundesgebiet lässt sich ein Median der monatlichen **Nettoeinkommen** aller privaten Haushalte von 1 800 Euro errechnen<sup>1)</sup>. Für das frühere Bundesgebiet (ohne Berlin) betrug das monatliche Medianeinkommen aller privaten Haushalte 1 950 Euro und für die neuen Bundesländer (einschl. Berlin) 1 500 Euro.

**Fast 40 Millionen  
private Haushalte in  
Deutschland**

Im gesamten Bundesgebiet gab es im Jahr 2008 bezogen auf die monatlichen Haushaltsnettoeinkommen etwa gleich viel private Haushalte am oberen und unteren Ende der Einkommensskala. So standen etwa 10,5 Mill. Haushalten mit einem **Nettoeinkommen** von monatlich netto 2 600 Euro und mehr, darunter 2,4 Mill. Haushalte mit netto 4 500 Euro und mehr, rund 11,0 Mill. Haushalte mit einem monatlichen **Nettoeinkommen** von unter 1 300 Euro gegenüber.

1) Bei der Ermittlung des mittleren Nettoeinkommens wird als Maß in der Regel der Median (Zentralwert) und nicht das Arithmetische Mittel (Durchschnitt) verwendet. Dabei werden die Haushalte oder Personen ihrem Nettoeinkommen nach aufsteigend sortiert. Der Median ist der Wert, der die betrachtete Population in genau zwei Hälften teilt. Das heißt, die eine Hälfte hat mehr, die andere weniger Nettoeinkommen zur Verfügung. Der besondere Vorteil der Verwendung des Medians bei Nettoeinkommensanalysen liegt darin, dass er, anders als das Arithmetische Mittel, nicht durch extrem hohe oder extrem niedrige Werte („Ausreißer“) beeinflusst wird. Im Text werden Haushaltsnettoeinkommen auf 25 Euro gerundet, da die Angaben mit einem Stichprobenfehler behaftet sind und die berechneten Werte in der Grafik sonst eine Genauigkeit vortäuschen, die real nicht vorhanden ist.



**Jeder siebte deutsche Haushalt muss mit weniger als 900 Euro auskommen**

Von den knapp 36,6 Mill. bundesdeutschen Haushalten mit Einkommensangabe<sup>2)</sup> musste im Jahr 2008 etwa jeder Siebte (13,9 Prozent) mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von unter 900 Euro auskommen, wobei Haushalte mit unter 500 Euro einen eher geringen Teil ausmachten. Gleichwohl wurden beinahe eine Mill. Haushalte registriert, die ein monatliches **Nettoeinkommen** von lediglich 500 Euro und darunter im Monat erzielten. Das waren immerhin 2,6 Prozent aller bundesdeutschen Haushalte mit Einkommensangabe.

**Nur jeder fünfte deutsche Haushalt befindet sich in den neuen Bundesländern und Berlin**

Lediglich etwas mehr als jeder fünfte deutsche Privathaushalt (21,6 Prozent) befindet sich in den neuen Bundesländern (einschl. Berlin). Bereits das Bundesland Nordrhein-Westfalen (8,5 Mill. Haushalte) weist für sich genommen genau so viele Haushalte auf wie die neuen Bundesländer (einschl. Berlin) zusammen. Dazu kommen gleichfalls bevölkerungsstarke Bundesländer wie Bayern mit 5,8 Mill. Haushalten und Baden-Württemberg mit 4,9 Mill. Haushalten. Verglichen damit nimmt sich der Freistaat Thüringen mit 1,1 Mill. Haushalten relativ bescheiden aus.

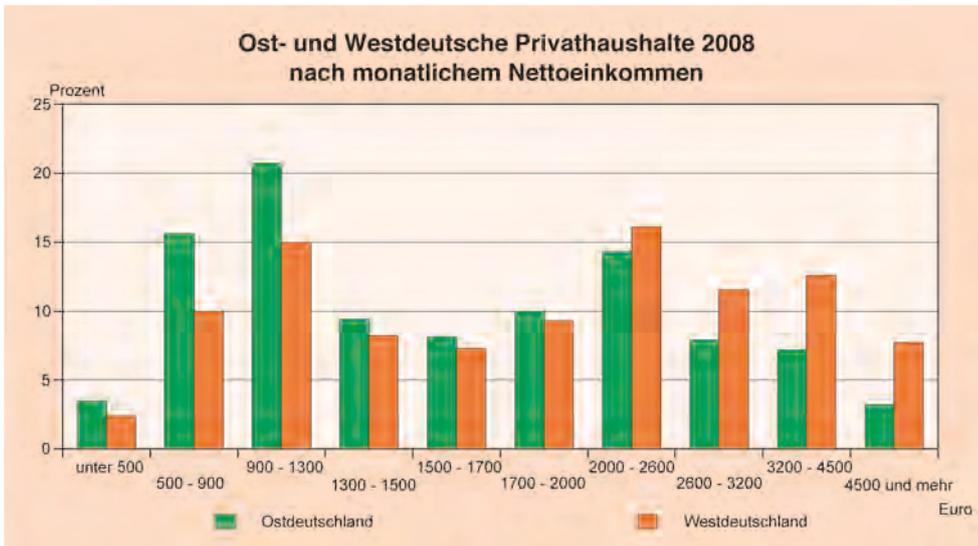
**Erhebliche Einkommensdifferenzen zwischen Ost- und Westdeutschland**

Im Jahr 2008 waren zwischen Haushalten im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin) und den neuen Bundesländern (einschl. Berlin) sowohl im unteren als auch im oberen Einkommensbereich noch erhebliche Einkommensdifferenzen zu verzeichnen. Während in den unteren Einkommensgruppen bis unter 1 300 Euro in den neuen Bundesländern (einschl. Berlin) fast zwei Fünftel der Haushalte (39,8 Prozent) anzutreffen waren, waren es im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin) gerade einmal 27,5 Prozent. Absolut betrachtet gehörten freilich deutlich mehr Haushalte im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin) dem unteren Einkommensbereich an: Während in Westdeutschland knapp 7,8 Mill. Haushalte über ein monatliches **Nettoeinkommen** von weniger als 1 300 Euro verfügten, waren es in Ostdeutschland beinahe 3,3 Mill. Haushalte.

Die festgestellten Einkommensdifferenzen gelten jedoch in noch stärkerem Maße für den oberen Bereich der monatlichen Haushaltsnettoeinkommen. In den oberen Einkommensgruppen ab einem monatlichen **Nettoeinkommen** von 2 600 Euro und mehr waren 31,7 Prozent aller Haushalte im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin), aber nur 18,3 Prozent aller Haushalte in den neuen Bundesländern (einschl. Berlin) vertreten. In absoluten Zahlen betrachtet, befinden sich im oberen Einkommensbereich ab 2 600 Euro netto im Monat fast 9,0 Mill. Haushalte in Westdeutschland und etwas mehr als 1,5 Mill. in Ostdeutschland. Diese Zahlen machen deutlich,

<sup>2)</sup> Bei Selbständigen in der Landwirtschaft wird das Nettoeinkommen nicht erfragt.

dass auch zwei Jahrzehnte nach der Wiedervereinigung die Einkommensstrukturen bezüglich der Haushaltsnettoeinkommen in Ost- und Westdeutschland bei weitem noch nicht ausgeglichen sind.



Im Jahr 2008 lag Thüringen deutlich unter dem gesamtdeutschen Median der monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von etwa 1 800 Euro. In der Rangfolge aller 16 Bundesländer belegte der Freistaat aber mit einem Medianeinkommen aller Haushalte von etwa 1 550 Euro gemeinsam mit der Hansestadt Bremen den zehnten Platz. Die höchsten Medianeinkommen wurden in den Bundesländern Baden-Württemberg (2 100 Euro), Bayern (2 000 Euro) und Hessen (2 000 Euro) erzielt, die niedrigsten in Mecklenburg-Vorpommern (1 450 Euro) und Sachsen-Anhalt (1 500 Euro). Zwischen dem Bundesland mit dem höchsten Median der monatlichen Haushaltsnettoeinkommen und jenem mit dem geringsten Wert bestand im Jahr 2008 somit ein Unterschied von rund 650 Euro. Alle neuen Bundesländer (einschl. Berlin) lagen deutlich unter dem gesamtdeutschen Medianeinkommen.

**Medianeinkommen in Baden-Württemberg am höchsten**



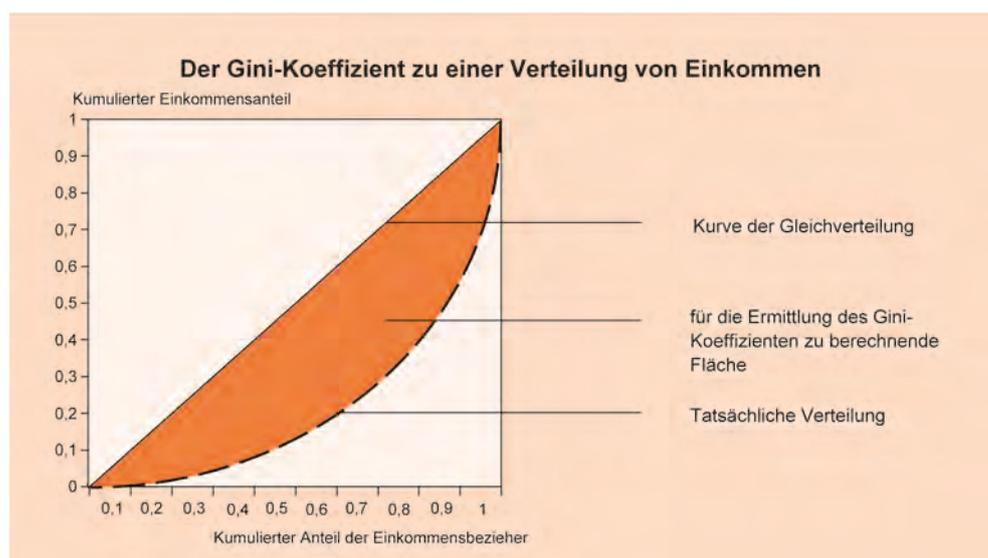
## Thüringen mit zweithöchstem Medianeinkommen in Ostdeutschland, Abstand allerdings gering

Betrachtet man Ostdeutschland für sich genommen, so stellt man fest, dass im Jahr 2008 alle neuen Bundesländer (einschl. Berlin) deutlich unter dem gesamtdeutschen Medianeinkommen von 1 800 Euro lagen. Brandenburg ist mit einem Median von rund 1 600 Euro im Vergleich zu den übrigen ostdeutschen Bundesländern das Land mit den höchsten monatlichen Haushaltsnettoeinkommen. Hierbei dürften Wohnsitzverlagerungen einkommensstarker Berliner in das benachbarte Brandenburg eine nicht unwesentliche Rolle spielen. Thüringen weist mit rund 1 550 Euro im Monat das zweithöchste Medianeinkommen in Ostdeutschland auf. Es folgen mit geringem Abstand Sachsen und Berlin (jeweils rund 1 500 Euro).

Da die Zusammensetzung der Haushalte und etwaige Kostenersparnisse aufgrund gemeinsamer Haushaltsführung bei der obigen Betrachtung der Haushaltsnettoeinkommen unberücksichtigt bleiben, können Ungleichheiten zwischen Haushalten so nur bedingt dargestellt werden. Aus diesem Grunde wird in den folgenden vergleichenden Analysen das Äquivalenzeinkommen<sup>3)</sup> für die Abbildung des Lebensstandards verwendet.

## Nettoeinkommensverteilung

Nachdem im vorherigen Abschnitt das Niveau der **Nettoeinkommen** im Mittelpunkt der Betrachtungen stand, soll nunmehr dargestellt werden, wie das **Nettoeinkommen** auf die Haushalte verteilt wird. International wird die Einkommensverteilung nach einer vom italienischen Statistiker Corrado Gini entwickelten Methode bestimmt. Dabei ist der so genannte Gini-Koeffizient ein Maß der relativen Konzentration beziehungsweise Ungleichheit und kann einen Wert zwischen Null und Eins annehmen. Im Falle der Gleichverteilung ergibt sich für den Gini-Koeffizienten ein Wert von Null und im Falle der Konzentration des gesamten Einkommens auf nur einen Einkommensbezieher ein Wert von 1. Mit anderen Worten: Je größer der Gini-Koeffizient, desto ungleicher sind die Einkommen verteilt und umgekehrt.



3) Äquivalenznettoeinkommen ist ein bedarfsgewichtetes Pro-Kopf-Nettoeinkommen je Haushaltsmitglied, das ermittelt wird, indem das Haushaltsnettoeinkommen durch die Summe der Bedarfsgewichte der im Haushalt lebenden Personen geteilt wird. Nach EU-Standard wird zur Bedarfsgewichtung die neue OECD-Skala verwendet. Danach wird der ersten erwachsenen Person im Haushalt das Bedarfsgewicht 1 zugeordnet, für die weiteren Haushaltsmitglieder werden Gewichte < 1 eingesetzt (0,5 für weitere Personen im Alter von 14 und mehr Jahren und 0,3 für jedes Kind im Alter von unter 14 Jahren), weil angenommen wird, dass sich durch gemeinsames Wirtschaften Einsparungen erreichen lassen.

**Gini-Koeffizient der ÄquivalenzNettoeinkommen \*)**

|  | 2005        | 2006        | 2007        | 2008        |
|--|-------------|-------------|-------------|-------------|
| Baden-Württemberg                      | 0,28        | 0,28        | 0,28        | 0,28        |
| Bayern                                 | 0,29        | 0,29        | 0,29        | 0,29        |
| Bremen                                 | 0,30        | 0,29        | 0,29        | 0,29        |
| Hamburg                                | 0,32        | 0,31        | 0,32        | 0,32        |
| Hessen                                 | 0,30        | 0,30        | 0,30        | 0,30        |
| Niedersachsen                          | 0,29        | 0,28        | 0,28        | 0,28        |
| Nordrhein-Westfalen                    | 0,29        | 0,29        | 0,29        | 0,29        |
| Rheinlandpfalz                         | 0,29        | 0,28        | 0,28        | 0,29        |
| Saarland                               | 0,28        | 0,28        | 0,28        | 0,27        |
| Schleswig-Holstein                     | 0,28        | 0,28        | 0,28        | 0,28        |
| Berlin                                 | 0,30        | 0,30        | 0,30        | 0,30        |
| Brandenburg                            | 0,27        | 0,26        | 0,25        | 0,26        |
| Mecklenburg-Vorpommern                 | 0,26        | 0,25        | 0,25        | 0,25        |
| Sachsen                                | 0,24        | 0,24        | 0,24        | 0,25        |
| Sachsen-Anhalt                         | 0,25        | 0,25        | 0,25        | 0,25        |
| <b>Thüringen</b>                       | <b>0,25</b> | <b>0,24</b> | <b>0,24</b> | <b>0,24</b> |
| Deutschland                            | 0,29        | 0,29        | 0,29        | 0,29        |
| Früheres Bundesgebiet<br>(ohne Berlin) | 0,29        | 0,29        | 0,29        | 0,29        |
| Neue Bundesländer<br>(einschl. Berlin) | 0,27        | 0,26        | 0,26        | 0,26        |

\*) Ergebnisse des Mikrozensus, IT.NRW

Das deutsche Bundesland mit der gleichmäßigsten Einkommensverteilung im Jahr 2008 war Thüringen mit einem Gini-Koeffizienten von 0,24. Die Bundesländer Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Sachsen-Anhalt liegen mit jeweils 0,25 ebenfalls weit vorn. Für Brandenburg wurde ein Koeffizient von 0,26 errechnet, für Berlin 0,30. Die ungleichmäßigste Einkommensverteilung in Deutschland wies Hamburg mit einem Gini-Koeffizienten von 0,32 auf.

**Einkommensverteilung in Thüringen am gleichmäßigsten**

Deutschland insgesamt weist mit einem Gini-Koeffizienten von 0,29 eine im internationalen Maßstab recht gleichmäßige Einkommensverteilung auf. Allerdings bestehen deutliche Unterschiede zwischen dem früheren Bundesgebiet (ohne Berlin) mit einem Koeffizienten von 0,29 und den neuen Bundesländern (einschl. Berlin) mit 0,27. Wie aus der obigen Tabelle hervorgeht, hat sich die Einkommensverteilung seit dem Jahr 2005 in keinem Bundesland wesentlich verändert.

**Gini-Koeffizient der Äquivalenzeinkommen 2008 nach Bundesländern \*)**



**Je größer der Gini-Koeffizient, desto ungleicher sind die Einkommen verteilt und umgekehrt**

\*) Ergebnisse des Mikrozensus, IT.NRW

### Einkommensarmut

Die im Weiteren beschriebenen Ergebnisse für Indikatoren zur Einkommensarmut basieren auf dem Konzept der relativen Einkommensarmut, welches die Einkommensverteilung in einen Armutsgefährdungsbereich und den Rest der Verteilung aufteilt. Die Grenze zwischen beiden Bereichen wird hierbei durch einen vordefinierten Schwellenwert markiert, der zum Median der Einkommensverteilung in Relation steht. Die Armutsgefährdungsquote, auch Armutsrisikoquote genannt, wird gemäß dem Standard der Europäischen Union definiert als der Anteil der Personen, deren Einkommen weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens der Bevölkerung beträgt. Als relativ einkommensarm bzw. armutsgefährdet gelten demnach Personen, deren Äquivalenzeinkommen unter diesem Schwellenwert liegt.

Diese Armutsgefährdungsschwelle lässt sich auf regionaler Ebene in zwei Varianten darstellen. Das **Nationalkonzept** basiert auf dem Medianeinkommen des gesamten Bundesgebietes (Bundesmedian). Den so errechneten Armutsgefährdungsquoten für Bund und Länder liegt somit eine einheitliche Armutsgefährdungsschwelle zu Grunde. Im Gegensatz dazu wird nach dem **Regionalkonzept** die Armutsgefährdungsschwelle auf der Grundlage des Medianeinkommens der jeweiligen Region bzw. des jeweiligen Bundeslandes errechnet. Für jedes Bundesland ergibt sich dann eine eigene Armutsgefährdungsschwelle. Hierdurch wird unterschiedlichen Medianeinkommen bzw. Einkommensniveaus in den verschiedenen Bundesländern Rechnung getragen.

### Armutsrisikoquoten 2008\*) nach Bundesländern

| Bundesland                          | Auf Basis des Nationalkonzepts | Auf Basis des Regionalkonzepts |
|-------------------------------------|--------------------------------|--------------------------------|
|                                     | Prozent                        |                                |
| Baden-Württemberg                   | 10,2                           | 13,3                           |
| Bayern                              | 10,8                           | 13,6                           |
| Bremen                              | 22,2                           | 18,2                           |
| Hamburg                             | 13,1                           | 16,1                           |
| Hessen                              | 12,7                           | 15,0                           |
| Niedersachsen                       | 15,8                           | 14,7                           |
| Nordrhein-Westfalen                 | 14,7                           | 14,6                           |
| Rheinland-Pfalz                     | 14,5                           | 15,4                           |
| Saarland                            | 15,8                           | 14,3                           |
| Schleswig-Holstein                  | 13,1                           | 14,9                           |
| Berlin                              | 18,7                           | 14,3                           |
| Brandenburg                         | 16,8                           | 13,8                           |
| Mecklenburg-Vorpommern              | 24,0                           | 14,4                           |
| Sachsen                             | 19,0                           | 13,4                           |
| Sachsen-Anhalt                      | 22,1                           | 15,0                           |
| <b>Thüringen</b>                    | <b>18,5</b>                    | <b>13,3</b>                    |
| Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin) | 13,1                           | 14,5                           |
| Neue Bundesländer (mit Berlin)      | 19,5                           | 13,8                           |
| Bundesrepublik Deutschland          | 14,4                           | 14,4                           |

\*) Anteil der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60% des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung. Das Äquivalenzeinkommen wird auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet.

### Nationalkonzept

Für das Jahr 2008 wurde aus den Ergebnissen des Mikrozensus für Deutschland insgesamt eine Armutsgefährdungsquote der Bevölkerung von 14,4 Prozent errechnet. Nach dem Nationalkonzept gab es dabei einen deutlichen Ost-West-Unterschied: Während in den neuen Bundesländern (einschl. Berlin) 19,5 Prozent der Bevölkerung ein erhöhtes Armutsrisiko aufwiesen, waren es im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin) mit 13,1 Prozent deutlich weniger.

**Armutsrisiko in Ostdeutschland höher**

Auch in den einzelnen Bundesländern zeigt die Armutsgefährdungsquote deutliche Unterschiede: Während in Mecklenburg-Vorpommern fast jeder Vierte (24,0 Prozent) und in Sachsen-Anhalt 22,1 Prozent der Bevölkerung ein **Nettoeinkommen** von weniger als 60,0 Prozent des Bundesmedians zur Verfügung hatten, traf dies in den Bundesländern Baden-Württemberg und Bayern nur auf 10,2 bzw. 10,8 Prozent der Bevölkerung zu.

Allerdings zeigt sich zwischen den einzelnen Bundesländern nicht nur der Ost-West-Unterschied. Innerhalb des früheren Bundesgebietes (ohne Berlin) weist beispielsweise die Bevölkerung in Bremen mit einer Quote von 22,2 Prozent eine deutlich höhere Armutsgefährdung auf als beispielsweise in Hamburg (13,1 Prozent). Innerhalb der neuen Bundesländer (einschl. Berlin) waren die Unterschiede nicht derart gravierend. Gleichwohl waren die Brandenburger (16,8 Prozent) und Thüringer (18,5 Prozent) in geringerem Maße dem Armutsrisiko ausgesetzt als die Bevölkerung in Berlin (18,7 Prozent) und Sachsen (19,0 Prozent) sowie den bereits erwähnten Bundesländern Sachsen-Anhalt (22,1 Prozent) und Mecklenburg-Vorpommern (24,0 Prozent).

**Regional große Unterschiede beim Armutsrisiko**

Die Armutsgefährdungsquote war in den neuen Bundesländern (einschl. Berlin) in beinahe allen Altersgruppen höher als im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin). Einzig die Altersgruppe der 65 Jahre und Älteren wies im Osten mit 10,2 Prozent (Thüringen: 10,5 Prozent) eine geringere Quote auf als im Westen mit 12,5 Prozent. Während die Armutsgefährdungsquote der weiblichen Bevölkerung in den westlichen Bundesländern mit 13,7 Prozent höher lag als bei der männlichen Bevölkerung mit 12,4 Prozent, waren im ostdeutschen Durchschnitt mit 19,6 Prozent bei den Frauen und 19,4 Prozent bei den Männern kaum Unterschiede auszumachen. Allerdings trifft dies nicht auf alle neuen Bundesländer gleichermaßen zu: In Thüringen etwa waren Frauen mit 19,4 Prozent einem deutlich höheren Armutsgefährdungsrisiko ausgesetzt als Männer mit 17,6 Prozent.

**Armutsgefährdungsquote in den neuen Bundesländern in fast allen Altersgruppen höher**

In ganz Deutschland waren erwerbslose Personen sowie Alleinerziehende und deren Kinder in besonderem Maße von Armut bedroht. Doch auch hier sind im Ost-West-Vergleich erhebliche Unterschiede festzustellen: Während die Armutsgefährdung im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin) durchschnittlich 51,8 Prozent aufwies, waren es in den neuen Bundesländern (einschl. Berlin) 62,7 Prozent. Thüringen lag hier mit 64,0 Prozent über dem ostdeutschen Durchschnitt. Ein noch höheres Armutsrisiko hatten die Erwerbslosen in Sachsen (65,0 Prozent) sowie Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern (jeweils 67,2 Prozent). Im Vergleich aller deutschen Bundesländer war die Armutsgefährdung Erwerbsloser in der Hansestadt Bremen am höchsten (68,7 Prozent).

**Erwerbslose und Alleinerziehende mit hohem Armutsrisiko**

Bei Personen in Alleinerziehenden-Haushalten betrug das Armutsrisiko in Westdeutschland 37,5 Prozent und in Ostdeutschland 46,4 Prozent. Auf der Ebene der Bundesländer sind jedoch größere Abweichungen festzustellen: Während sich die Armutsgefährdungsquote von Mitgliedern in Alleinerziehenden Haushalten in Baden-Württemberg und Hamburg auf 31,8 bzw. 32,1 Prozent belief, war sie in Mecklenburg-Vorpommern mit 67,7 Prozent am höchsten. Dagegen lag Thüringen mit einer Armutsgefährdungsquote von 54,6 Prozent hier bundesweit im Mittelfeld.

**Armutsrisikoquoten 2008<sup>\*)</sup> nach soziodemografischen Merkmalen 2008  
(auf Basis des Nationalkonzepts)**

| Merkmal   | Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin) | Neue Länder (mit Berlin) | Thüringen   |
|---|-------------------------------------|--------------------------|-------------|
|   | Prozent                             |                          |             |
| <b>Insgesamt</b>  | <b>13,1</b>                         | <b>19,5</b>              | <b>18,5</b> |
| Alter   |                                     |                          |             |
| unter 18  | 16,8                                | 26,7                     | 26,2        |
| 18 bis unter 25   | 20,0                                | 30,4                     | 26,1        |
| 25 bis unter 50   | 11,5                                | 20,1                     | 18,8        |
| 50 bis unter 65   | 10,2                                | 18,9                     | 18,6        |
| 65 und älter  | 12,5                                | 10,2                     | 10,5        |
| Geschlecht  |                                     |                          |             |
| männlich  | 12,4                                | 19,4                     | 17,6        |
| weiblich  | 13,7                                | 19,6                     | 19,4        |
| Haushaltstyp <sup>**</sup> )                                |                                     |                          |             |
| Einpersonenhaushalte  | 21,3                                | 31,3                     | 32,1        |
| Zwei Erwachsene, ohne Kinder                                | 8,0                                 | 10,4                     | 10,9        |
| Sonstige Haushalte ohne Kinder                              | 7,1                                 | 12,6                     | 9,9         |
| Ein Erwachsener und ein oder mehrere Kinder                 | 37,5                                | 46,4                     | 54,6        |
| Zwei Erwachsene und ein Kind                                | 8,8                                 | 16,6                     | 15,3        |
| Zwei Erwachsene und zwei Kinder                             | 9,2                                 | 18,6                     | 18,5        |
| Zwei Erwachsene und drei oder mehr Kinder                   | 23,4                                | 32,5                     | 32,4        |
| Sonstige Haushalte mit Kindern                              | 14,9                                | 22,1                     | 18,1        |
| Erwerbsstatus <sup>***</sup> )                              |                                     |                          |             |
| Erwerbstätige   | 6,4                                 | 11,4                     | 10,8        |
| davon Selbstständige (inkl. mithelfende Familienangehörige) | 7,4                                 | 13,0                     | 15,5        |
| davon abhängig Erwerbstätige                                | 6,3                                 | 11,2                     | 10,3        |
| Erwerbslose   | 51,8                                | 62,7                     | 64,0        |
| Nichterwerbspersonen  | 17,2                                | 21,0                     | 20,9        |
| davon Rentner und Pensionäre                                | 12,1                                | 12,2                     | 13,0        |
| davon Personen im Alter von unter 18 Jahren                 | 17,1                                | 26,8                     | 26,4        |
| davon sonstige Nichterwerbspersonen                         | 27,8                                | 41,8                     | 42,1        |
| Qualifikationsgruppe <sup>****</sup> )                      |                                     |                          |             |
| Geringqualifizierte   | 32,7                                | 43,1                     | 39,9        |
| Qualifizierte   | 11,5                                | 22,2                     | 21,4        |
| Hochqualifizierte   | 4,1                                 | 7,3                      | 7,1         |

<sup>\*)</sup> Anteil der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60% des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung. Das Äquivalenzeinkommen wird auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet.

<sup>\*\*</sup>) Zu den Kindern zählen Personen im Alter von unter 18 Jahren ohne Lebenspartner/-in und eigene Kinder im Haushalt

<sup>\*\*\*</sup>) Nach dem „Labour-Force-Konzept“ der International Labour Organization (ILO).

<sup>\*\*\*\*</sup>) Das Qualifikationsniveau wird entsprechend der internationalen Klassifikation des Bildungswesens (ISCED) bestimmt.

**Regionalkonzept**

**Aus „regionaler Perspektive“ Armutsrisiko in Baden-Württemberg und Thüringen am geringsten**

Ein etwas anderes Bild ergibt sich, wenn für die Berechnung nicht die einheitliche Armutsgefährdungsschwelle auf der Basis des Bundesmedians (Nationalkonzept), sondern die jeweiligen regionalen Armutsgefährdungsschwellen (Regionalkonzept) herangezogen werden. Auf diese Weise wird den Unterschieden im Einkommensniveau zwischen den einzelnen Bundesländern Rechnung getragen. Auf der Grundlage des Landesmedianeinkommens fallen die Unterschiede bei den Armutsgefährdungsquoten zwischen den einzelnen Bundesländern deutlich geringer aus. Bei den aus dieser „regionalen Perspektive“ errechneten Armutsgefährdungsquoten wiesen im Jahr 2008 die Bundesländer Bremen (18,2 Prozent) und Hamburg (16,1 Prozent) das höchste und die Bundesländer Baden-Württemberg und Thüringen (jeweils 13,3 Prozent) das geringste Armutsrisiko auf.